

**Tragende Gründe**  
**zum Beschluss des Gemeinsamen Bundesausschusses über eine Änderung der**  
**Schutzimpfungs-Richtlinie:**

**Umsetzung der STIKO-Empfehlungen / Stand: Juli 2007**

vom 18. Oktober 2007

**Inhaltsverzeichnis**

<b>1.</b>	<b>Rechtsgrundlagen</b>	<b>2</b>
<b>2.</b>	<b>Eckpunkte der Entscheidung</b>	<b>2</b>
<b>3.</b>	<b>Verfahrensablauf</b>	<b>3</b>
<b>4.</b>	<b>Fazit</b>	<b>4</b>
4.1	Hepatitis A	4
4.2	Hepatitis B	5
4.3	Masern	5
4.4	Varizellen	6
<b>5.</b>	<b>Dokumentation des Stellungnahmeverfahrens</b>	<b>7</b>

## **1. Rechtsgrundlagen**

Nach § 20d Abs. 1 SGB V haben Versicherte Anspruch auf Leistungen für Schutzimpfungen im Sinne des § 2 Nr. 9 des Infektionsschutzgesetzes (IfSG). Ausgenommen von diesem Anspruch sind Schutzimpfungen, die wegen eines durch einen nicht beruflichen Auslandsaufenthalt erhöhten Gesundheitsrisikos indiziert sind, es sei denn, dass zum Schutz der öffentlichen Gesundheit ein besonderes Interesse daran besteht, der Einschleppung einer übertragbaren Krankheit in die Bundesrepublik Deutschland vorzubeugen (§ 20d Abs. 1 Satz 2 SGB V). Einzelheiten zu Voraussetzungen, Art und Umfang der Leistungen für Schutzimpfungen soll nach § 20d Abs. 1 Satz 3 SGB V der Gemeinsame Bundesausschuss (G-BA) in Richtlinien nach § 92 auf der Grundlage der Empfehlungen der Ständigen Impfkommission (STIKO) beim Robert Koch-Institut (RKI) unter besonderer Berücksichtigung der Bedeutung der Schutzimpfungen für die öffentliche Gesundheit bestimmen. Abweichungen von den Empfehlungen der Ständigen Impfkommission sind durch den G-BA besonders zu begründen (§ 20d Abs. 1 Satz 4 SGB V).

Der G-BA hat seine erstmalige Entscheidung am 21. Juni 2007 getroffen und zu allen zu diesem Zeitpunkt geltenden Empfehlungen der STIKO einen Beschluss gefasst.

Das RKI hat die aktualisierten Impfeempfehlungen der STIKO im Epidemiologischen Bulletin Nr. 30/2007 veröffentlicht. Zu den Änderungen der STIKO-Empfehlungen hat der G-BA nach § 20 d Abs. 1 Satz 7 SGB V innerhalb von drei Monaten nach ihrer Veröffentlichung eine Entscheidung zu treffen.

Für den Fall, dass eine Entscheidung durch den G-BA nicht termin- oder fristgemäß zustande kommt, dürfen die von der STIKO empfohlenen Änderungen der STIKO-Empfehlungen (mit Ausnahme von Schutzimpfungen nach § 20d Abs. 1 Satz 2 SGB V) zu Lasten der Gesetzlichen Krankenkassen erbracht werden, bis die Richtlinienentscheidung vorliegt.

## **2. Eckpunkte der Entscheidung**

Mit der Erstfassung der Richtlinie über Schutzimpfungen nach § 20d Abs. 1 SGB V (Schutzimpfungs-Richtlinie / SiR) ist der G-BA seinem gesetzlichen Auftrag in § 20d Abs. 1 i. V. m. § 92 Abs. 1 Satz 2 Nr. 15 SGB V nachgekommen die Voraussetzungen, Art und Umfang der Leistungen für Schutzimpfungen in der gesetzlichen Krankenversicherung (GKV) zu bestimmen.

Anlage 1 der Schutzimpfungs-Richtlinie führt in einer einheitlichen Tabelle die einzelnen Impfungen, deren Indikation sowie Hinweise zu den Schutzimpfungen und weitere Anmerkungen auf.

Mit dem Beschluss zur Änderung der Anlage 1 der Schutzimpfungs-Richtlinie setzt der G-BA die neu gefassten Impfempfehlungen der STIKO, welche mit dem Epidemiologischen Bulletin Nr. 30/2007 veröffentlicht wurden, entsprechend der Vorgabe des § 20d Abs. 1 Satz 7 SGB V um.

### **3. Verfahrensablauf**

Der Unterausschuss „Arzneimittel“ hat zur Vorbereitung seiner Beratungen eine Arbeitsgruppe einberufen, die sich aus Vertretern der Kassen- und Ärzteseite sowie aus Patientenvertretern zusammensetzt.

In der Sitzung dieser Arbeitsgruppe am 2. August 2007 wurde ein Entwurf einer geänderten Anlage 1 der Schutzimpfungs-Richtlinie zur Umsetzung der Aktualisierung der STIKO-Empfehlungen (Stand: Juli 2007) vorbereitet.

Das Beratungsergebnis der Arbeitsgruppe wurde in der Sitzung des Unterausschuss „Arzneimittel“ am 9. August 2007 abschließend beraten und der Stellungnahmeentwurf konsentiert.

Der Unterausschuss „Arzneimittel“ hat daraufhin in der Sitzung am 9. August 2007 entschieden, das Stellungnahmeverfahren mit der Bundesärztekammer nach § 91 Abs. 8a i. V. m. § 34 der Verfahrensordnung des G-BA am 10. August 2007 mit Frist bis zum 7. September 2007 einzuleiten (Unterlagen des Stellungnahmeverfahrens s. Abschnitt 5).

Die Bundesärztekammer hat in ihrer Stellungnahme (s. Abschnitt 5) gegen den vorgelegten Richtlinienentwurf der Schutzimpfungs-Richtlinie vom 9. August 2007 keine Einwände geäußert.

## Zeitlicher Verfahrensverlauf

Sitzung der AG/ UA/ G-BA	Datum	Beratungsgegenstand
Sitzung AG „Schutzimpfungen“	2. August 2007	Beratung zur Änderung der Anlage 1 SiR
41. Sitzung UA „Arzneimittel“	9. August 2007	Beratung und Konsentierung des Stellungnahmeentwurfs zur Änderung der Anlage 1 SiR Entscheidung zur Einleitung des Stellungnahmeverfahrens nach § 91 Abs. 8a SGB V
42. Sitzung UA „Arzneimittel“	20. September 2007	Beratung der Stellungnahme der Bundesärztekammer vom 07.09.2007 Konsentierung des Beschlussentwurfs und der Tragende Gründe zur Änderung der Anlage 1 der SiR
Sitzung G-BA	18. Oktober 2007	Beschluss zur Änderung der Anlage 1 der SiR

## 4. Fazit

Mit einer Änderung der Anlage 1 der SiR kommt der G-BA seinem gesetzlichen Auftrag in § 20d Abs. 1 Satz 7 SGB V nach, zu den Änderungen der STIKO-Empfehlungen innerhalb von drei Monaten nach ihrer Veröffentlichung eine Entscheidung zu treffen.

Das RKI hat die aktualisierten Impfeempfehlungen der STIKO im Epidemiologischen Bulletin Nr. 30/2007 veröffentlicht. Die STIKO hat darin insbesondere redaktionelle Überarbeitungen der Empfehlungen zu Hepatitis A und Hepatitis B, Präzisierungen der empfohlenen Masernimpfung sowie Änderungen bei der Indikationsimpfung gegen Varizellen vorgenommen. Diese Änderungen in den Impfeempfehlungen der STIKO setzt der G-BA um.

### 4.1 Hepatitis A

Die STIKO hat die Indikationsliste für eine Impfung gegen Hepatitis A redaktionell überarbeitet und präzisiert.

So sollen nicht nur homosexuell aktive Männer, sondern alle Personen mit einem Sexualverhalten mit hoher Infektionsgefährdung geimpft werden. Diese Änderung und die weiteren Präzisierungen zur Indikationsimpfung gegen Hepatitis A vollzieht der G-BA nach. Ebenso wird bei der Anmerkung zur serologischen Vortestung auf anti-HAV der Wortlaut aus der STIKO-Empfehlung übernommen.

Die Änderungen der Empfehlungen für Impfungen aufgrund eines erhöhten beruflichen Risikos setzt der G-BA um und merkt dazu an, dass bei Tätigkeit in Kindertagesstätten, Kinderheimen u. ä. die Gefährdungsbeurteilung der Tätigkeit und nicht der Beschäftigungsstatus maßgeblich ist.

Aufgrund des Nichtbeanstandungsschreibens des BMG zur Erstfassung der Schutzimpfungs-Richtlinie vom 27. August 2007 wurde im Nachgang zum Stellungnahmeverfahren mit der Bundesärztekammer zur Änderung der Schutzimpfungs-Richtlinie in Spalte 3 die Nennung der geriatrischen Einrichtungen als ein nicht in der Biostoffverordnung in Anhang IV genannter Bereich gestrichen.

## **4.2 Hepatitis B**

Hinsichtlich der Auffrischung nach abgeschlossener Grundimmunisierung von Personen, die in der Kindheit gegen Hepatitis B geimpft wurden, nimmt der G-BA die Anmerkung auf, dass eine Auffrischung 10 Jahre nach Impfung im Säuglingsalter derzeit für Kinder und Jugendliche generell nicht empfohlen ist. Kinder und Jugendliche, für die ein neu aufgetretenes Hepatitis-B-Risiko besteht, können eine Wiederimpfung entsprechend den STIKO-Empfehlungen erhalten (vgl. Epidemiologisches Bulletin Nr. 30/2007 und Nr. 31/2007.).

Die Änderungen und Präzisierungen der STIKO zur Indikationsimpfung gegen Hepatitis B sowie aufgrund eines erhöhten beruflichen Risikos vollzieht der G-BA nach. Die Indikation zur Hepatitis-B-Impfung aufgrund von Reisen wird redaktionell an die weiterhin gültige STIKO-Empfehlung aus 2006 angepaßt. Für betriebliche Ersthelfer ist anzumerken, dass die Gefährdungsbeurteilung der Tätigkeit maßgeblich ist. Nach Bewertung des Ausschusses für biologische Arbeitsstoffe ist die Tätigkeit betrieblicher Ersthelfer i. d. R. der Schutzstufe 1 zuzuordnen, für die keine Maßnahmen der arbeitsmedizinischen Vorsorge nach § 15 der Biostoffverordnung gelten.

## **4.3 Masern**

Die Änderungen der STIKO-Empfehlungen zur Impfung gegen Masern aufgrund eines erhöhten beruflichen Risikos setzt der G-BA unter Berücksichtigung der Regelungen in der Biostoffverordnung zu Personal in der Pädiatrie bzw. zu Personal zur Betreuung und Pflege von Kleinkindern im Vorschulalter um.

#### **4.4 Varizellen**

Die Änderungen der STIKO-Empfehlungen zur Indikationsimpfung gegen Varizellen vollzieht der G-BA durch Aufnahme einer Anmerkung zu den einschränkenden Hinweisen zur Impfung seronegativer Patienten unter immunsuppressiver Therapie nach.

Aufgrund des Nichtbeanstandungsschreibens des BMG zur Erstfassung der Schutzimpfungs-Richtlinie vom 27. August 2007 wurde im Nachgang zum Stellungnahmeverfahren mit der Bundesärztekammer zur Änderung der Schutzimpfungs-Richtlinie in Spalte 2 die beruflichen Indikationen wie folgt ergänzend geändert:

„Berufliche Indikationen:

Seronegatives Personal im Gesundheitsdienst, insbesondere in den Bereichen Onkologie, Gynäkologie/Geburtshilfe, Intensivmedizin und im Bereich der Betreuung von Immundefizienten.“

Siegburg, den 18. Oktober 2007

Gemeinsamer Bundesausschuss

Der Vorsitzende

Hess

## 5. Dokumentation des Stellungnahmeverfahrens



**Gemeinsamer  
Bundesausschuss**

Gemeinsamer Bundesausschuss, Postfach 1763, 53707 Siegburg

Bundesärztekammer  
Dezernat III  
Frau Dr. Klakow-Franck  
Herbert-Lewin-Platz 1  
10623 Berlin

gemäß § 91 Abs. 5 SGB V  
Unterausschuss  
"Arzneimittel"

Besuchsadresse:  
Auf dem Seidenberg 3a  
53721 Siegburg

Ihr Ansprechpartner:  
Petra Nies

Telefon:  
02241 938843

Telefax:  
02241 938836

E-Mail:  
petra.nies@g-ba.de

Internet:  
www.g-ba.de

Unser Zeichen:  
PN

Datum:  
10. August 2007

### **Stellungnahmeverfahren vor einer abschließenden Entscheidung des G-BA über eine Änderung der Richtlinie über Schutzimpfungen nach § 20d Abs. 1 SGB V (Schutzimpfungs-Richtlinie / SiR)**

Sehr geehrte Frau Dr. Klakow-Franck,

der Unterausschuss „Arzneimittel“ des Gemeinsamen Bundesausschusses (G-BA) hat in seiner Sitzung am 9. August 2007 entschieden, der Bundesärztekammer gemäß § 91 Abs. 8a SGB V i. V. m. § 34 der Verfahrensordnung des G-BA Gelegenheit zur Stellungnahme vor einer endgültigen Entscheidung des G-BA über die Änderung der Richtlinie über Schutzimpfungen nach § 20d Abs. 1 SGB V (Schutzimpfungs-Richtlinie / SiR) nach § 92 Abs. 1 Satz 2 Nr. 15 SGB V zu geben.

Nach § 20d Abs. 1 Satz 7 SGB V soll der G-BA zu Änderungen der Empfehlungen der STIKO innerhalb von drei Monaten nach ihrer Veröffentlichung eine Entscheidung treffen. Zur Umsetzung der geänderten STIKO-Empfehlungen, veröffentlicht im Epidemiologischen Bulletin 30/2007, in der Schutzimpfungs-Richtlinie geben wir Ihnen die Möglichkeit zur Abgabe von schriftlichen Stellungnahmen bis zum

**7. September 2007.**

Anbei übersenden wir Ihnen den entsprechenden Beschluss-Entwurf des Unterausschusses mit einer Erläuterung unter Hinweis auf Ihre Pflicht zur vertraulichen Behandlung der Unterlagen.

Für Rückfragen stehen wir Ihnen gern zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen

i. A. Petra Nies  
Referentin

### **Anlagen Beschlussentwurf und Erläuterung**

Der Gemeinsame Bundesausschuss ist eine juristische Person des öffentlichen Rechts nach § 91 SGB V. Er wird gebildet von:  
AEV-Arbeiter-Ersatzkassenverband e.V., Siegburg · AOK-Bundesverband, Bonn · BKK Bundesverband, Essen · Knappschaft, Bochum · Bundesverband der landwirtschaftlichen Krankenkassen, Kassel · Deutsche Krankenhausgesellschaft, Berlin · IKK-Bundesverband, Bergisch Gladbach · Kassenärztliche Bundesvereinigung, Berlin · Kassenzahnärztliche Bundesvereinigung, Köln · Verband der Angestellten Krankenkassen e.V., Siegburg

**Beschlussentwurf**  
**des Gemeinsamen Bundesausschusses**  
**über eine Änderung der Schutzimpfungs-Richtlinie:**  
**Umsetzung der STIKO-Empfehlungen / Stand: Juli 2007**

vom 18. Oktober 2007

Der Gemeinsame Bundesausschuss hat in seiner Sitzung am 18. Oktober 2007 beschlossen, die Anlage 1 der Richtlinie über Schutzimpfungen nach § 20d Abs. 1 SGB V (Schutzimpfungs-Richtlinie / SiR) in der Fassung vom [Datum] (BAnz. [Seite]), zuletzt geändert am [Datum] (BAnz. [Seite]), wie folgt zu ändern:

- I. Die Anlage 1 der Schutzimpfungs-Richtlinie wird wie folgt geändert:



1. Der Abschnitt zur Impfung gegen Hepatitis A (HA) wird wie folgt neugefasst:

<p>Hepatitis A (HA)</p>	<p>Indikationsimpfung für</p> <ol style="list-style-type: none"> <li>1. Personen mit einem Sexualverhalten mit hoher Infektionsgefährdung</li> <li>2. Personen mit häufiger Übertragung von Blutbestandteilen, z. B. Hämophilie oder Krankheiten der Leber/mit Leberbeteiligung</li> <li>3. Bewohner in psychiatrischen Einrichtungen oder vergleichbaren Fürsorgeeinrichtungen für Zerebralgeschädigte oder Verhaltensgestörte</li> </ol> <p>Reisende in Regionen mit hoher Hepatitis-A-Prävalenz.</p> <p>Berufliche Indikationen:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>— HA-gefährdetes Personal* im Gesundheitsdienst, z. B. Pädiatrie, Infektionsmedizin, psychiatrische und Fürsorgeeinrichtungen, Asylbewerberheime;</li> </ul> <p>Unter Personal* ist medizinisches oder anderes Fach- und Pflegepersonal sowie Küchenpersonal, technischer und</p>	<p>Für Reiseschutzimpfungen besteht kein Leistungsanspruch.</p> <p>Eine erhöhte berufliche Gefährdung durch Hepatitis A begründet in folgenden Bereichen keinen Leistungsanspruch gegenüber der GKV: Nach der Biostoffverordnung besteht ein spezieller Anspruch gegen den Arbeitgeber aufgrund eines erhöhten beruflichen Risikos. Das ist in den folgenden in Anhang IV der Biostoffverordnung genannten Bereichen bei den</p>	<p>Die serologische Vortestung auf anti-HAV ist nur bei den Personen erforderlich, die länger in Endemiegebieten gelebt haben o d e r in Familien aus Endemiegebieten aufgewachsen sind o d e r vor 1950 geboren wurden.</p>
-------------------------	------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------	--------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------	------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------

	<p>Reinigungs- bzw. Rettungsdienst zu verstehen.</p> <p>durch Kontakt mit möglicherweise infektiösem Stuhl Gefährdete inkl. Auszubildende, Studenten</p> <p>— Tätigkeit (inkl. Küche und Reinigung) in Kindertagesstätten, Kinderheimen u. ä.</p>	<p>aufgeführten Expositionsbedingungen der Fall:</p> <ol style="list-style-type: none"> <li>1. Behinderteneinrichtungen und geriatrische Einrichtungen, Kinderstationen (Tätigkeiten mit regelmäßigem Kontakt mit Stuhl im Rahmen der Pflege von Kleinkindern oder im Rahmen der Betreuung von älteren und behinderten Personen);</li> <li>2. Stuhllaboratorien (regelmäßige Tätigkeiten mit Stuhlproben);</li> <li>3. Kläranlagen, Kanalisation (Tätigkeiten mit regelmäßigem Kontakt zu fäkalienhaltigen Abwässern oder mit fäkalienkontaminierten Gegenständen);</li> <li>4. Forschungseinrichtungen/ Laboratorien (regelmäßige Tätigkeiten mit Kontaktmöglichkeit zu infizierten Proben oder Verdachtsproben bzw. zu erregerehaltigen oder kontaminierten Gegenständen oder Materialien).</li> </ol>	<p>Bei Tätigkeiten in Kindertagesstätten, Kinderheimen u. ä. ist die Gefährdungsbeurteilung der Tätigkeit und nicht der Beschäftigungsstatus maßgeblich.</p>
--	---------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------	----------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------	--------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------

## 2. Der Abschnitt zur Impfung gegen Hepatitis B (HB) wird wie folgt neugefasst:

<p>Hepatitis B (HB)</p>	<p>Grundimmunisierung im Alter von 2, 3 und 4 sowie zwischen dem 11. bis 14. Lebensmonat.</p> <p>Grundimmunisierung aller noch nicht geimpften Jugendlichen bzw. Komplettierung eines unvollständigen Impfschutzes Impfung im Alter von 9 bis 17 Lebensjahren.</p> <p>Indikationsimpfung für</p> <ol style="list-style-type: none"> <li>1. Patienten mit chronischer Nieren-(Dialyse) / Leberkrankheit / Krankheit mit Leberbeteiligung / häufiger Übertragung von Blut (bestandteilen, z. B. Hämophilie), vor ausgedehnten chirurgischen Eingriffen (z. B. unter Verwendung der Herz-Lungen-Maschine), HIV-Positive</li> <li>2. Kontakt mit HBsAg-Trägern in Familie / Wohngemeinschaft</li> <li>3. Sexualkontakt zu HBsAg-Träger</li> </ol>	<p>Bei monovalenter Anwendung bzw. bei Kombinationsimpfstoffen ohne Pertussiskomponente kann die Dosis im vollendeten 3. Lebensmonat entfallen.</p>	<p>Regelungen zur Immunprophylaxe Neugeborener HBsAg-positiver Mütter oder Mütter mit unbekanntem HBsAg-Status in den Mutterschafts-Richtlinien.</p> <p>Eine Wiederholungsimpfung 10 Jahre nach Impfung im Säuglingsalter ist derzeit für Kinder und Jugendliche nicht generell empfohlen. Kinder und Jugendliche, die einer Risikogruppe angehören, erhalten eine Wiederimpfung entsprechend den STIKO-Empfehlungen.</p>
-------------------------	---------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------	-----------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------	---------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------

	<p>bzw. Sexualverhalten mit hoher Infektionsgefährdung</p> <p>4. Drogenabhängigkeit, längerer Gefängnisaufenthalt</p> <p>5. Durch Kontakt mit HBsAg-Trägern in einer Gemeinschaft (Kindergärten, Kinderheime, Pflegestätten, Schulklassen, Spielgemeinschaften) gefährdete Personen.</p> <p>6. Patienten in psychiatrischen Einrichtungen oder Bewohner vergleichbarer Fürsorgeeinrichtungen für Zerebralgeschädigte oder Verhaltensgestörte sowie Personen in Behindertenwerkstätten</p> <p>Reisen in Regionen mit hoher Hepatitis-B-Prävalenz bei Langzeitaufenthalt mit engem Kontakt zu Einheimischen.</p> <p>Berufliche Indikationen:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>— Gesundheitsdienst (inkl. Labor technischer Reinigungs- / Rettungsdienst) sowie Personal psychiatrischer/Fürsorgeeinrichtungen</li> <li>Asylbewerberheime;</li> </ul> <p>durch Kontakt mit infiziertem Blut oder infizierten</p>	<p>Für Reiseschutzimpfungen besteht kein Leistungsanspruch.</p> <p>Eine erhöhte berufliche Gefährdung durch Hepatitis B begründet in folgenden Bereichen keinen Leistungsanspruch gegenüber der GKV: Nach der Biostoffverordnung besteht ein spezieller Anspruch gegen den Arbeitgeber aufgrund eines erhöhten beruflichen Risikos. Das ist in den folgenden in Anhang</p>	
--	-------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------	--------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------	--

	<p>Körperflüssigkeiten Gefährdete, Auszubildende und Studenten</p> <p>Möglicher Kontakt mit infiziertem Blut oder infizierten Körperflüssigkeiten (Gefährdungsbeurteilung durchführen), z. B. Müllentsorger, industrieller Umgang mit Blut(produkten), ehrenamtliche Ersthelfer, Polizisten, Sozialarbeiter, (Gefängnis)personal mit Kontakt zu Drogenabhängigen.</p>	<p>IV der Biostoffverordnung genannten Bereichen bei den aufgeführten Expositionsbedingungen der Fall:</p> <ol style="list-style-type: none"> <li>1. Einrichtungen zur medizinischen Untersuchung, Behandlung und Pflege von Menschen und Betreuung von Behinderten, einschließlich der Bereiche, die der Versorgung bzw. der Aufrechterhaltung dieser Einrichtungen dienen (Tätigkeiten, bei denen es regelmäßig und in größerem Umfang zu Kontakt mit Körperflüssigkeiten, -ausscheidungen oder -gewebe kommen kann; insbesondere Tätigkeiten mit erhöhter Verletzungsgefahr oder Gefahr von Verspritzen und Aerosolbildung);</li> <li>2. Notfall- und Rettungsdienste (Expositionsbedingungen wie vor);</li> <li>3. Pathologie (Expositionsbedingungen wie vor);</li> <li>4. Forschungseinrichtungen/</li> </ol>	<p>Für betriebliche Ersthelfer ist die Gefährdungsbeurteilung der Tätigkeit maßgeblich. Nach Bewertung des Ausschusses für biologische Arbeitsstoffe ist die Tätigkeit betrieblicher Ersthelfer i. d. R. der Schutzstufe 1 zuzuordnen, für die keine Maßnahmen der arbeitsmedizinischen Vorsorge nach § 15 in Verb. mit § 9 der Biostoffverordnung gelten.</p>
--	-----------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------	---------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------	----------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------

		Laboratorien (regelmäßige Tätigkeiten mit Kontaktmöglichkeit zu infizierten Proben oder Verdachtsproben bzw. zu erregerehaltigen oder kontaminierten Gegenständen oder Materialien).	
--	--	--------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------	--

3. Der Abschnitt zur Impfung gegen Masern wird wie folgt neugefasst:

Masern	<p>Immunisierung beginnend mit der ersten Impfdosis im Alter zwischen dem 11. bis 14. Lebensmonat und Abschluss mit der 2. Impfdosis vor Ende des 2. Lebensjahres vorzugsweise mit einem MMRV-Kombinationsimpfstoff.</p> <p>Bei einer Aufnahme in eine Gemeinschaftseinrichtung vor dem o. g. Impftermin erfolgt die Impfung mit 9 Monaten.</p> <p>Berufliche Indikationen: Ungeimpfte bzw. empfängliche Personen im Gesundheitsdienst (außer Personal in der Pädiatrie – vgl. hierzu Hinweise in Spalte 3) und bei der Betreuung von Immundefizienten sowie Ungeimpfte bzw.</p>	<p>Eine erhöhte berufliche Gefährdung durch Masern begründet in folgenden Bereichen keinen Leistungsanspruch gegenüber der GKV: Nach der Biostoffverordnung besteht ein spezieller Anspruch gegen den Arbeitgeber aufgrund</p>	
--------	--------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------	------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------	--

	<p>empfängliche Personen in Gemeinschaftseinrichtungen und in Kinderheimen (außer Personal zur Betreuung und Pflege von Kindern im Vorschulalter – vgl. hierzu Hinweise in Spalte 3).</p>	<p>eines erhöhten beruflichen Risikos. Das ist in den folgenden in Anhang IV der Biostoffverordnung genannten Bereichen bei den aufgeführten Expositionsbedingungen der Fall:</p> <ol style="list-style-type: none"> <li>1. Einrichtungen zur medizinischen Untersuchung, Behandlung und Pflege von Kindern sowie zur vorschulischen Kinderbetreuung (regelmäßiger, direkter Kontakt zu Kindern);</li> <li>2. Forschungseinrichtungen/ Laboratorien (regelmäßige Tätigkeiten mit Kontaktmöglichkeit zu infizierten Proben oder Verdachtsproben bzw. zu erregert-haltigen oder kontaminierten Gegenständen oder Materialien).</li> </ol>	
--	-------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------	-----------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------	--

4. Der Abschnitt zur Impfung gegen Varizellen wird wie folgt neugefasst:

<p>Varizellen</p>	<p>Immunisierung beginnend mit der ersten Impfdosis im Alter zwischen dem 11. bis 14. Lebensmonat und Abschluss mit der 2. Impfdosis vor Ende des 2. Lebensjahres vorzugsweise mit einem MMRV-Kombinationsimpfstoff.</p>		
-------------------	--------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------	--	--

	<p>Standardimpfung mit einem monovalenten Impfstoff für ungeimpfte 9- bis 17-jährige Jugendliche ohne Varizellen-Anamnese.</p> <p>Indikationsimpfung mit einem monovalenten Impfstoff für</p> <ol style="list-style-type: none"> <li>1. Seronegative Frauen mit Kinderwunsch</li> <li>2. Seronegative Patienten vor geplanter immunsuppressiver Therapie oder Organtransplantation</li> <li>3. Seronegativer Patienten unter immunsuppressiver Therapie (vgl. hierzu Anmerkungen in Spalte 4)</li> </ol> <p>4. Empfängliche Patienten mit schwerer Neurodermitis</p> <p>5. Empfängliche Patienten mit engem Kontakt zu den unter Punkt 2. bis 4. Genannten.</p> <p>Berufliche Indikationen: Seronegatives Personal in der Onkologie, Gynäkologie/Geburtshilfe und im Bereich der Betreuung von</p>	<p>Eine erhöhte berufliche Gefährdung durch Varizellen begründet in folgenden Bereichen keinen Leistungsanspruch gegenüber der GKV:</p>	<p>Zur Impfung seronegativer Patienten unter immunsuppressiver Therapie sind die einschränkenden Hinweise dem Epidemiologischen Bulletin, Sonderdruck November 2005, zu entnehmen.</p> <p>Empfängliche Personen bedeutet: anamnestisch keine Varizellen, keine Impfung und bei serologischer Testung kein Nachweis spezifischer Antikörper.</p>
--	--------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------	-----------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------	-------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------



	Immundefizienten.	<p>Nach der Biostoffverordnung besteht ein spezieller Anspruch gegen den Arbeitgeber aufgrund eines erhöhten beruflichen Risikos. Das ist in den folgenden in Anhang IV der Biostoffverordnung genannten Bereichen bei den aufgeführten Expositionsbedingungen der Fall:</p> <ol style="list-style-type: none"><li>1. Einrichtungen zur medizinischen Untersuchung, Behandlung und Pflege von Kindern sowie zur vorschulischen Kinderbetreuung (regelmäßiger, direkter Kontakt zu Kindern);</li></ol> <p>Forschungseinrichtungen/ Laboratorien (regelmäßige Tätigkeiten mit Kontaktmöglichkeit zu infizierten Proben oder Verdachtsproben bzw. zu erregerehaltigen oder kontaminierten Gegenständen oder Materialien).</p>	
--	-------------------	----------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------	--

- II. Die Änderung der Richtlinie tritt nach der Veröffentlichung im Bundesanzeiger in Kraft.

Siegburg, den 18. Oktober 2007

Gemeinsamer Bundesausschuss

Der Vorsitzende

Hess



**Bundesärztekammer**  
Arbeitsgemeinschaft der deutschen Ärztekammern

Bundesärztekammer · Postfach 12 08 64 · 10598 Berlin

Gemeinsamer Bundesausschuss  
Frau Petra Nies  
Postfach 17 63  
53707 Siegburg

Berlin, 07.09.2007  
Fon  
030 / 40 04 56-430  
Fax  
030 / 40 04 56-378  
E-Mail  
Dezernat3@baek.de  
Diktatzeichen  
KI/Zo/Ke  
Aktenzeichen  
872.010  
Seite  
1 von 1

**Stellungnahme der Bundesärztekammer gem. § 91 Abs. 8a SGB V zur Änderung der Richtlinie des Gemeinsamen Bundesausschusses über Schutzimpfungen nach § 20 d Abs. 1 SGB V (Schutzimpfungs-Richtlinie / SiR)**  
**hier: Ihr Schreiben vom 10.08.2007**

Sehr geehrte Frau Nies,

beiliegend übersenden wir Ihnen unsere Stellungnahme in o. g. Angelegenheit.

Mit Dank für die gute Zusammenarbeit  
und mit freundlichen Grüßen  
i. A.

Dr. rer. nat. Ulrich Zorn, MPH  
Referent  
Dezernat 3

**Anlage**

Bundesärztekammer  
Herbert-Lewin-Platz 1  
10623 Berlin  
Postfach 12 08 64  
10598 Berlin  
Fon 030 / 40 04 56-0  
Fax 030 / 40 04 56-388  
info@baek.de  
www.baek.de



## **Bundesärztekammer**

Arbeitsgemeinschaft der deutschen Ärztekammern

### **Stellungnahme der Bundesärztekammer gem. § 91 Abs. 8a SGB V zur Änderung der Richtlinie des Gemeinsamen Bundesausschusses über Schutzimpfungen nach § 20 d Abs. 1 SGB V (Schutzimpfungs-Richtlinie / SiR)**

Im Zuge des GKV-WSG hat mit Einführung des § 20d Abs. 1 SGB V der G-BA die Aufgabe erhalten, in Richtlinien die Leistungen für Schutzimpfungen i. S. v. § 2 Nr. 9 IfSG zu bestimmen. Einzelheiten zu Voraussetzungen sowie Art und Umfang der Leistungen für Schutzimpfungen sollen dabei auf der Grundlage der Empfehlungen der Ständigen Impfkommission (STIKO) beim Robert Koch-Institut (RKI) unter besonderer Berücksichtigung der Bedeutung der Schutzimpfungen für die öffentliche Gesundheit konkretisiert werden.

Nachdem der G-BA entsprechend der Vorgabe des Gesetzgebers in § 20d Abs. 1 Satz 6 SGB V mit einer erstmaligen Entscheidung zur Richtliniengestaltung fristgerecht nachgekommen ist, hat zwischenzeitlich das RKI aktualisierte Impfeempfehlungen der STIKO im Epidemiologischen Bulletin Nr. 30/2007 veröffentlicht. Zu Änderungen der STIKO-Empfehlungen hat der GBA nach § 20d Abs. 1 Satz 7 SGB V innerhalb von drei Monaten nach ihrer Veröffentlichung eine Entscheidung bezüglich der Übernahme in die Schutzimpfungs-Richtlinie zu treffen.

Die Empfehlungen der STIKO sind in der Anlage 1 der Schutzimpfungs-Richtlinie in tabellarischer Form gespiegelt.

### **Die Bundesärztekammer nimmt zum Änderungsentwurf der Richtlinie wie folgt Stellung:**

Die durch den G-BA vorzunehmenden Änderungen in Anlage 1 der Richtlinie betreffen insbesondere redaktionelle Überarbeitungen der Empfehlungen zu Hepatitis A und Hepatitis B, Präzisierungen der empfohlenen Masernimpfung sowie Änderungen bei der Indikationsimpfung gegen Varizellen. Der G-BA beabsichtigt mit dem vorgelegten Entwurf, die Änderungen der STIKO vollständig zu übernehmen.

Die Bundesärztekammer begrüßt die Übernahme der geänderten STIKO-Empfehlungen und hat hierzu keine weiteren Hinweise.

Berlin, 07.09.2007

Dr. Regina Klakow-Franck, M.A.  
Leiterin Dezernat 3